

Eine kleine Meisterleistung und zwei Stolpersteine



Patrick Marcolli
patrick.marcolli@chmedia.ch

Analyse

Die erfreuliche Nachricht zuerst: Welcome back, Regierungsrat! Nach Jahren des passiven Erduldens und des Vor-sich-hergetrieben-Werdens in der Mieterschutz- und Wohnbaupolitik meldet sich die basel-städtische Exekutive mit ihrem Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» zurück in der aktiven Politik.

Die Angst vor einer Stadt, die ihr Handeln und Denken ausschliesslich danach ausrichtet, was mit den sozial Schwächsten geschieht, muss im Rathaus so unerträglich gross geworden sein, dass sich dessen Bewohnerinnen und Bewohner zu regen begannen.

Mit den Initiantinnen und Initianten von «Basel baut Zukunft» hat der mächtige Mieterverband, der in seinem Bestandesdenken konservativer ist als jede Heimatschutzorganisation, ein Pendant für die künftige Stadtentwicklung

erhalten. Die Drohkulisse dieser Phalanx hat im Verbund mit dem Druck der Investoren, die ihre Felle den Rhein hinunterschwimmen sahen, auf den Regierungsrat offensichtlich Wirkung entfaltet.

Dieser Gegenvorschlag kann sich jedenfalls sehen lassen. Es spricht für die Qualität der Arbeit des federführenden Präsidialdepartements und der

Abteilung Stadtentwicklung, dass sowohl die Initianten von «Basel baut Zukunft» wie auch die Grundeigentümer des

«Dieser Gegenvorschlag kann sich sehen lassen.»

Klybeck-Areals in ihren ersten Reaktionen lediglich an einigen Details herummäkeln. Sollte das Parlament nicht noch grosse Abweichungen in Richtung zusätzlicher Regulierung oder in Richtung Marktfreiheit vornehmen, so müsste diese «grosse Knacknuss», wie Regierungspräsident Beat Jans am Freitag vor den Medien sagte, damit bald vom Tisch

sein.

Für die öffentliche Hand bleiben zwei Stolpersteine: Der Kanton sollte erstens den Investoren nicht entgegenkommen, wenn es um die Abwälzung der Kosten für die Altlastensanierung geht. Die Initianten von «Basel baut Zukunft»

fürchten, dass die im Gesetzesentwurf vorgesehene Ausnahmeregel zur Anlagekostenlimite genau dazu führen könnte. Das heisst: Teurere Wohnungen, um die Beseitigung des Chemiemülls zu amortisieren.

Es ist, zweitens, zwar grundsätzlich zu begrüßen, dass dem Kanton die Möglichkeit eingeräumt wird, Teile von Entwicklungsarealen zu kaufen. Im Einzelfall kann das sinnvoll und pragmatisch sein. Aber Vorsicht: Ein Erwerb aus ideologischen Gründen, was die politische Linke im Klybeck gern sähe, ist abzulehnen. Auch die Grundeigentümer

könnten diesen Passus im Gesetz durchaus für ihre Zwecke (aus)nutzen: Um nämlich «Problemparzellen» oder «Problemgebäude» loszuwerden. Es wäre besser, die Stadt widerstände in solchen Fällen der Versuchung und hielte sich mit entsprechendem Engagements stark zurück.